



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

**Wirtschaft und Politik USA:
Vierteljährliche Kerndaten und -fakten**

Aktuelle wirtschaftliche und politische Situation
in den USA

Ausgabe 4/2014

Wirtschaft und Politik USA: Vierteljährliche Kerndaten und -fakten



Aktuelle wirtschaftliche und politische Lage in den USA

Im dritten Quartal wuchs die US-Wirtschaft etwas weniger stark als im zweiten Quartal, nichtsdestotrotz hält aber der positive Trend an. Der Immobilienmarkt, die Sparquote und die Investitionsquote spiegeln die positive Entwicklung wider. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober und November bei erfreulichen 5,8 Prozent. Das Defizit in der Leistungsbilanz stieg im dritten Quartal wieder, jedoch nur leicht. Auch in der Haushaltspolitik gibt es gute Nachrichten: Der Etat für das Haushaltsjahr 2015 ist zu großen Teilen gesichert und ein erneuter „government shutdown“ wurde abgewendet. Bei den Midterm Elections im November sicherten sich die Republikaner in beiden Kammern die Mehrheit im 114. Kongress.

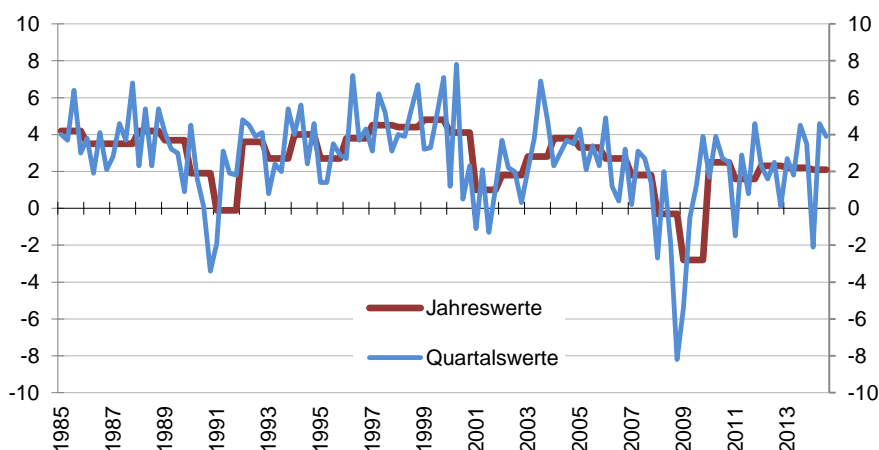
Datum
19. Dezember 2014

Seite
1 von 9

Wirtschaftliche Lage

Wirtschaftswachstum: Nachdem das BIP-Wachstum im zweiten Quartal hochgerechnet auf das Jahr 4,6 Prozent betragen hatte, wuchs die US-Wirtschaft im dritten Quartal laut der zweiten Schätzung des U.S. Bureau of Economic Analysis (BEA) etwas weniger stark um 3,9 Prozent. Positiv zum BIP-Wachstum trugen private Konsumausgaben, Anlageinvestitionen, Staatsausgaben (Bund, Einzelstaaten und lokale Ebene), Exporte und Investitionen in Immobilien bei. Auch der Rückgang der Importe wirkte sich positiv auf das Wachstum aus, während der Rückgang privater Lagerinvestitionen den Aufwärtstrend dämpfte. Für 2014 erwartet der IWF derzeit ein Wachstum von 2,15 Prozent (Zahlen des IWF vom Oktober 2014).

Reales Wachstum des BIP in Prozent in Preisen von 2009



Quelle: U.S. Bureau of Economic Analysis, *National Income and Product Account Tables, Table 1.5.1*, via http://www.bea.gov/iTable/index_nipa.cfm.

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

in Zusammenarbeit mit

Representative of German In-
dustry and Trade (RGIT)

Telekontakte
T: 030 2028-1483
F: 030 2028-2483

Internet
www.bdi.eu

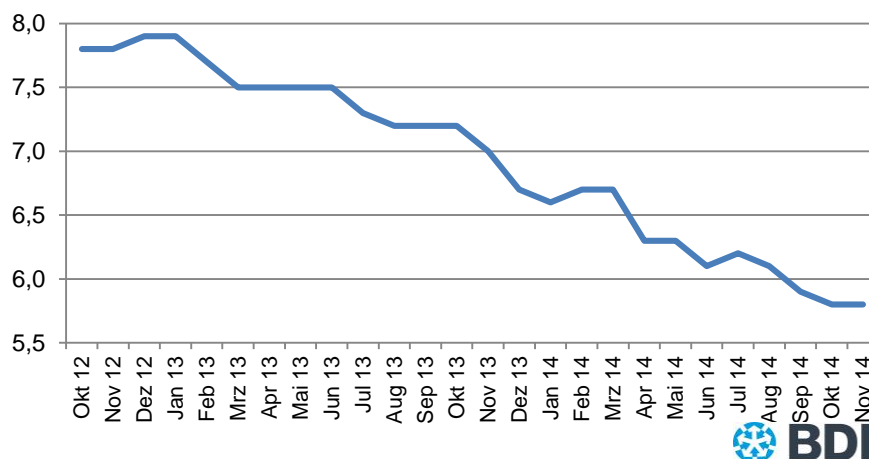
E-Mail
S.Mildner@bdi.eu
J.Howald@bdi.eu
ELivengood@rgit-usa.com
SSeelig@rgit-usa.com

Sparquote: Die private Ersparnis als Teil des verfügbaren Einkommens sank minimal von 5,1 Prozent (Q2/2014) auf 5,0 Prozent (Q3/2014). Aufgrund der schlechten BIP-Wachstumswahlen zu Beginn des Jahres hatten die US-Amerikaner zwischenzeitlich wieder etwas mehr gespart. So war die Sparquote zunächst gestiegen, und zwar von 4,9 im ersten Quartal auf 5,1 im zweiten Quartal. Diese Entwicklung hat sich aufgrund des deutlich positiven Wachstums in Q2 und Q3/2014 nicht fortgesetzt.

Investitionsquote: Die Investitionstätigkeit der US-Unternehmen hat sich leicht positiv entwickelt. Nachdem die Investitionsquote, also der Anteil der privaten Investitionen am BIP, zwischen dem ersten und zweiten Quartal 2014 deutlich von 15,9 auf 16,4 Prozent gestiegen war, stieg sie im dritten Quartal nur leicht auf 16,5 Prozent. Dies deutet darauf hin, dass die Unternehmen weiterhin von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen.

Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote liegt aktuell laut dem U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS) bei 5,8 Prozent (November 2014), verglichen mit 7,0 Prozent im November 2013. Gegenüber dem Vormonat gab es keine Veränderung. Die Quote der Langzeitarbeitslosen, also derjenigen Arbeitslosen, die seit mindestens 27 Wochen ohne Job sind, lag im November bei 30,7 Prozent (2,8 Millionen). Im November 2013 waren es noch 37,4 Prozent gewesen (4,0 Millionen).

Arbeitslosenquote, Oktober 2012 - November 2014



Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics, *Labor Force Statistics from the Current Population Survey*, <<http://data.bls.gov/timeseries/LNS14000000>>.

Immobilienmarkt: Nach Informationen des U.S. Department of Housing and Urban Development verbesserte sich die Situation des Immobilienmarktes im zweiten Quartal 2014 wieder, nachdem es im ersten Quartal 2014 zu einer leichten Abschwächung gekommen war. Die Zahl der neuen Baugenehmigungen stieg zwischen Q1/2014 und Q2/2014 um 2,9 Prozent. Die Zahl der Baustarts (Anzahl der privaten Wohneinheiten, an denen Bauarbeiten begonnen haben) stieg um 7,8 Prozent gegenüber Q1/2014 und um 15,3 Prozent gegenüber Q2/2013. Die Zahl der Baustarts für Einfamilienhäuser liegt trotz der Steigerungen in den letzten Jahren noch weit unter dem Vorkrisenniveau. Dagegen haben Baustarts für Mehrfamilienhäuser deutlich zugenommen und das Niveau von vor der Krise mittlerweile überschritten. Die Anzahl der im Bau befindlichen Häuser stieg von 723.000

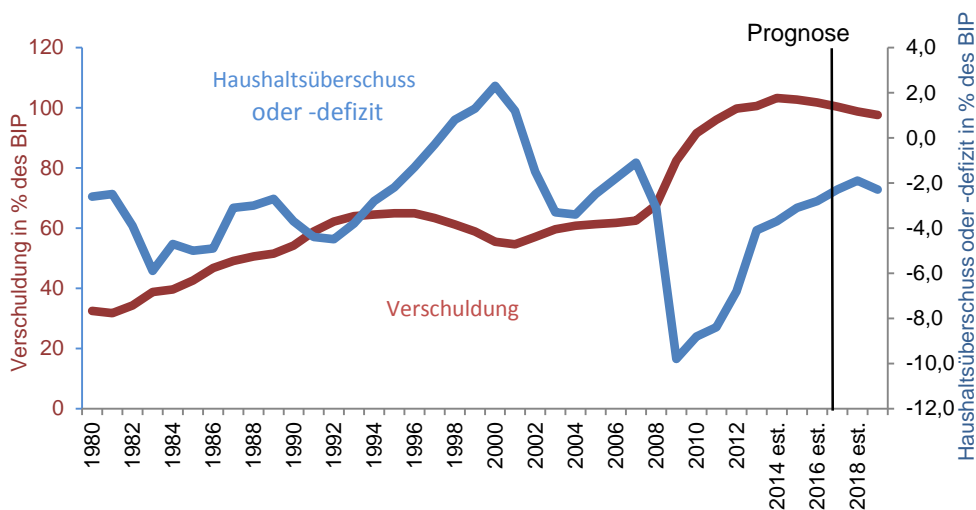
(Q1/2014) auf 764.000 (Q2/2014); dies entspricht einem Anstieg von 5,7 Prozent. Gegenüber Q2/2013 wuchs die Zahl der im Bau befindlichen Häuser um ganze 21,5 Prozent.

Die Verkaufszahlen für neue Einfamilienhäuser fielen dagegen im zweiten Quartal, und zwar um 2,8 Prozent gegenüber Q1/2014 und um 6,4 Prozent gegenüber Q2/2013. Verkäufe bereits existierender Wohneinheiten nahmen gegenüber dem Vorquartal (Q1/2014) um 5,8 Prozent zu; im Vergleich zum Wert ein Jahr zuvor (Q2/2013) nahmen sie jedoch um 4,5 Prozent ab (Anmerkung: die Anzahl der verkauften Wohneinheiten bezieht sich hier lediglich auf Einfamilienhäuser und -wohnungen).

Hauspreisindizes wie der S&P/Case Shiller Index oder auch der Index der Federal Housing Finance Agency zeigen, dass Immobilienwerte nunmehr seit neun Quartalen gestiegen sind. Jedoch zeigen beide Indizes auch, dass sich die jährliche Steigerung der Immobilienpreise etwas verlangsamt. Die sehr hohen Vorkrisenniveaus haben die Indizes noch nicht wieder erreicht. Diese waren aber auch auf eine Blase am Immobilienmarkt zurückzuführen.

Staatsschulden/ Haushaltsdefizit: Für das laufende Haushaltsjahr wird weiterhin mit 103,2 Prozent des BIP ein vorläufiges Maximum der Schuldenquote erwartet. Für die kommenden Jahre wird ein stetiges Absinken der Schuldenquote auf 97,6 Prozent des BIP im Jahr 2019 prognostiziert. Das Haushaltsdefizit im laufenden Jahr wird auf 3,7 Prozent geschätzt und soll bis 2018 stetig auf \$413 Milliarden bzw. 1,9 Prozent des BIP schrumpfen. Im Jahr 2019 wird dagegen erwartet, dass das Defizit wieder leicht steigt, und zwar auf 2,3 Prozent des BIP. Gründe hierfür sind unter anderem steigende Ausgaben im Gesundheitswesen als Folge der demographischen Entwicklung sowie höhere Zinszahlungen.

Haushaltsdefizit und Verschuldung, 1980-2019



Quelle: Office of Management and Budget, *Historical Tables: Table 1.2 und 7.1*, via <www.whitehouse.gov/omb/budget/historicals>.

Handel: Das US-Außenhandelsdefizit (Waren und Dienstleistungen) schrumpfte zwischen Q2/2014 und Q3/2014 laut dem BEA von \$131,2

Milliarden auf \$124,3 Milliarden, nachdem es vom ersten auf das zweite Quartal noch gewachsen war. Die Exporte stiegen um \$5,4 Milliarden (+0,1%), während die Importe um \$1,5 Milliarden zurückgingen (-0,2%). Die neuesten Monatsdaten sind derzeit für Oktober erhältlich: Zwischen September und Oktober schrumpfte das Außenhandelsdefizit marginal von \$43,6 Milliarden auf \$43,4 Milliarden.

Das gesamte Leistungsbilanzdefizit (Handel mit Gütern und Dienstleistungen, Einkommen sowie unilaterale Transferzahlungen) stieg zwischen dem zweiten und dem dritten Quartal 2014 leicht an: von \$98,4 Milliarden (2,3% des BIP) auf \$100,3 Milliarden (ebenfalls 2,3% des BIP). Der Grund für den Anstieg war vor allem der Rückgang der erhaltenen Transferzahlungen. Zudem schrumpfte der Überschuss im Dienstleistungshandel. Diese negativen Effekte wurden durch einen Anstieg der Exporte und durch einen Überschuss bei den Primäreinkommen teilweise abgeschwächt.

Obama hatte Anfang 2010 die „National Export Initiative“ (NEI) verkündet mit dem Ziel, die Waren- und Dienstleistungsexporte innerhalb von fünf Jahren zu verdoppeln. 2009 hatten die USA Waren und Dienstleistungen im Wert von \$1,58 Billionen exportiert, 2013 waren es bereits knapp \$2,3 Billionen. Dies war zwar einer deutlichen Steigerung, jedoch bei Weitem noch keiner Verdopplung. Von Januar bis einschließlich Oktober 2014 betrug der Wert der Exporte \$1,95 Billionen. Das Ziel der Verdopplung bis Anfang 2015 werden die USA also verfehlen. Zu den Gründen gehört, dass die Weltwirtschaft, und insbesondere die europäische Wirtschaft, sich langsamer als erwartet von der Krise erholte. Darüber hinaus traten zwar 2011 die Freihandelsabkommen der USA mit Panama, Kolumbien und Südkorea in Kraft, die multilaterale Handelsliberalisierung im Rahmen der Doha-Runde konnte aber nicht entscheidend vorangetrieben werden. Auf diese Faktoren haben die USA nur teilweise Einfluss. Experten argumentieren aber auch, dass die Programme zur Förderung der Exporte, die seit Beginn der NEI eingeführt wurden, kein sehr großes Potenzial haben. Zu den Maßnahmen der NEI gehört unter anderem, dass die Zahl der Handelsdelegationsreisen erhöht wurde. Auch wurde kleinen und mittleren Unternehmen der Zugang zu Exportkrediten erleichtert. Die Programme reichten nicht aus, um die Ziele der NEI zu erreichen.

Politische Lage: Innen- und außenpolitische Entwicklungen

US-Haushalt: Gerade noch rechtzeitig – wenige Stunden bevor die US-Regierung zahlungsunfähig gewesen wäre – einigten sich die Demokraten und Republikaner am 11. Dezember auf einen Etat für das Haushaltsjahr 2015, welches bereits am 1. Oktober 2014 begonnen hat und am 30. September 2015 endet. Am 11. Dezember stimmte das Repräsentantenhaus, zwei Tage später der Senat für das Gesetz. Somit wurde vermieden, dass es erneut zu einem „government shutdown“ kommt. Eine Ausnahme stellt das Department of Homeland Security dar, dessen Finanzierung vorerst nur bis zum 27. Februar 2015 gesichert ist. Die Behörde ist auch für Einwanderung zuständig. Diese Ausnahme sicherten sich die Republikaner als Druckmittel, um eine Rücknahme der Immigrationspolitik von Präsident Obama zu fordern (s. auch „Immigration Reform“). Der Etat umfasst \$1,1 Billionen. Somit bleibt die Höhe der Staatsausgaben auf einem mit 2014

vergleichbaren Niveau. Insgesamt werden \$585 Milliarden für das Militär zur Verfügung gestellt, davon \$64 Milliarden für Auslandseinsätze. \$5 Milliarden fließen in den Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“.

Beide Parteien wollten einen erneuten „government shutdown“ unbedingt verhindern. Der „shutdown“ Ende 2013 hatte der Konjunktur einen Dämpfer gegeben und auch den Umfragewerten beider Parteien deutlich geschadet. Knapp zwei Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen wollen nun sowohl die Demokraten als auch die Republikaner zeigen, dass sie regierungsfähig sind. Auch befürchteten die Obama-Administration und viele Demokraten, einen solchen Kompromiss ab Januar mit dem neu konstituierten Kongress nicht mehr zustande bringen zu können. Daher warben Präsident Obama und Vizepräsident Biden vor der Abstimmung im Repräsentantenhaus kräftig für das Gesetz. Am Ende stimmten 57 Demokraten dafür (139 stimmten dagegen), obwohl sich die Minderheitsführerin im Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi, bis zuletzt deutlich gegen dieses ausgesprochen hatte.

Mit dem nun ausgehandelten Kompromiss sind viele Demokraten, vor allem des linken Flügels, ausgesprochen unzufrieden. Sie kritisieren beispielsweise, dass das Gesetz die Obergrenze für politische Spenden erhöht sowie Schritte zur Bankenregulierung wieder rückgängig macht, die im *Dodd-Frank Act* beschlossen worden waren. Auch wird das Budget der Umweltschutzbehörde (Environmental Protection Agency, EPA) um rund \$60 Millionen gekürzt. Jedoch ist es den Demokraten immerhin gelungen, die Gesundheitsreform vor Kürzungen zu schützen.

Geldpolitik: Wie erwartet beschloss die Federal Reserve Bank (Fed) im Oktober angesichts der verbesserten wirtschaftlichen Lage das Ende ihrer monatlichen Anleihekäufe. Der Leitzins befindet sich aber weiterhin im Korridor zwischen 0,00 und 0,25 Prozent. Das Fed-Direktorium hat signalisiert, dass sie diesen aufgrund des schwachen Wachstums in anderen Regionen der Welt, sinkender Rohstoffpreise und der schwachen Lohninflation in den USA zunächst noch nicht anheben wird. Gleichzeitig wurde die Rolle der Fed in einem Bericht des U.S. Senate Permanent Subcommittee on Investigations zum Handel mit Rohstoffen kritisch beleuchtet. Dabei handelt es sich um den Abschlussbericht einer zweijährigen parteiübergreifenden Untersuchung darüber, wie sich die größten Banken des Landes am Rohstoffhandel beteiligten. Der Bericht kritisiert die Fed – die größte Bankenregulierungsbehörde des Landes – dafür, dass sie die Menge der Rohstoffe, die diese Banken besaßen, nicht genau überwacht habe. Die Fed habe den Banken erlaubt, ihre gesetzlich vorgeschriebenen maximalen Mengen zu überschreiten.

Immigration Reform: Im November erließ Präsident Obama eine präsidiale Verfügung (Executive Order), welche die Abschiebung von rund 4,4 Millionen illegalen Einwanderern verhindert beziehungsweise aussetzt. Dabei handelt es sich um illegale Einwanderer, deren Kinder bereits die US-Staatsbürgerschaft oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzen. Obamas Vorgehen soll den Kongress dazu bewegen, die dringend notwendige Reform der Einwanderungspolitik voranzutreiben. Seit Obamas Ankündigung haben siebzehn Einzelstaaten eine Sammelklage gegen das Dekret

eingereicht. Zwar haben sich Obamas Umfragewerte beim Thema Einwanderung seit der Ankündigung verbessert, jedoch hat sein Vorgehen auch die Opposition weiter mobilisiert – dies könnte die größte Hürde für eine umfassende Einwanderungsreform darstellen. Laut aktuellen Umfragen sind nur noch 48 Prozent der Bürger der Meinung, dass illegale Einwanderer die Möglichkeit haben sollten, die US-Staatsbürgerschaft zu beantragen. Dies ist der niedrigste Wert in den letzten zwei Jahren. Vor einem Jahr waren es noch 57 Prozent gewesen.

TPP: Die Obama-Administration plant, die Verhandlungen um die Transpazifische Partnerschaft (TPP) 2015 abzuschließen. Entsprechend intensiv wurden 2014 die Verhandlungen geführt. Ende Januar/Anfang Februar 2015 soll es eine weitere informelle Verhandlungsrunde geben, gefolgt von einem Ministertreffen im Februar oder März. Die TPP-Verhandlungen sind in den USA umstritten, vor allem unter den Gewerkschaften. Laut einer Umfrage des Pew Research Centers vom April 2014 glauben 55 Prozent der Amerikaner, dass die TPP gut für ihr Land ist. Unter den eigentlich als protektionistischer geltenden Demokraten waren es 59 Prozent, unter den Republikanern 49 Prozent. Viele Demokraten und Republikaner befürchtet jedoch auch, dass Handelsliberalisierung zu Arbeitsplatzverlusten führt – dies fürchten laut einer weiteren Pew-Umfrage 54 Prozent der Republikaner und 50 Prozent der Demokraten. Im Rahmen der TPP ist auch eine Verbesserung des Marktzugangs für Investitionen geplant. Jedoch glauben 75 Prozent der Republikaner und 66 Prozent der Demokraten, dass es schlecht für das Land ist, wenn ausländische Unternehmen heimische Firmen kaufen.

TTIP: Vom 29. September bis zum 3. Oktober 2014 trafen sich die Verhandler zur 7. Runde in Chevy Chase, Maryland. Seither hat keine weitere Verhandlungsrunde stattgefunden. Am 1. November trat die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström ihr Amt an. Malmström hat zunächst eine gründliche Begutachtung der bisherigen Verhandlungen vorgenommen und umfassende Maßnahmen beschlossen, um die Transparenz der Verhandlungen innerhalb der EU zu erhöhen. Sie hat sich bereits zweimal mit dem US-Handelsbeauftragten Froman getroffen – einmal in Brüssel und ein weiteres Mal in Washington –, um eine gemeinsame Bestandsaufnahme der Verhandlungen vorzunehmen und die nächsten Schritte zu diskutieren. Die achte Verhandlungsrunde soll Anfang Februar in Brüssel stattfinden. TTIP ist in den USA weniger umstritten als die TPP, da die Mitgliedstaaten der EU im Gegensatz zu den TPP-Partnerländern nicht als Billiglohnländer mit niedrigeren Arbeits- und Umweltstandards angesehen werden. Daher sind beispielsweise die Gewerkschaften weniger besorgt, dass es in Folge von TTIP zu niedrigeren Löhnen kommen könnte.

Trade Promotion Authority: Das Handelsmandat (Trade-Promotion-Authority, auch als „Fast Track“ bekannt) ist zwar keine Voraussetzung dafür, dass der Präsident Handelsabkommen wie TTIP oder auch TPP verhandelt. Es ist jedoch notwendig, um sicherzustellen, dass diese auch unbeschadet eine Abstimmung im Kongress zu überstehen. Das Trade-Promotion-Authority-Gesetz (TPA-Gesetz) legt zudem die Ziele des Kongresses für internationale Handelsverhandlungen dar, an welche sich die Administration halten muss. Gleichzeitig garantiert es, dass der Kongress am Ende nur für oder gegen den ausgehandelten Vertrag stimmen kann (ohne die Möglichkeit von Gesetzeszusätzen). Die Verhandlungspartner der USA sehen die

Tatsache, dass ein solches Gesetz noch nicht verabschiedet wurde, als Gefahr für die laufenden Verhandlungen. Anfang Dezember bekräftigte Obama seine Zusage, mit dem Kongress zusammenzuarbeiten, um in der kommenden Legislaturperiode ein überparteiliches TPA-Gesetz zu verabschieden.

Anfang 2014 wurde bereits ein TPA-Gesetzesvorschlag im Kongress eingereicht, über den jedoch nicht abgestimmt wurde. Zum Ende des 113. Kongresses wird dieser wie alle Gesetzesvorschläge, die es nicht in die Abstimmung geschafft haben, gestrichen. Der *Bipartisan Congressional Trade Priorities Act of 2014* schaffte es nie aus den Finanzausschüssen des Senats und des Repräsentantenhaus. Der Grund dafür war vor allem die Angst der Demokraten vor den Midterm Elections, Stimmen in ihrer Kernklientel – unter anderem den Gewerkschaften – zu verlieren, da gerade die TPP dort sehr umstritten ist. Daher hatte der demokratische Mehrheitsführer des Senats im 113. Kongress, Harry Reid, den Gesetzesvorschlag blockiert.

Die Chancen, ein TPA-Gesetz in den kommenden Monaten zu verabschieden, stehen nicht schlecht. Die Handelspolitik ist eines der wenigen Politikfelder, in denen Republikaner und Demokraten zusammenarbeiten können. Die Republikaner wollen vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen unter Beweis stellen, dass sie nicht nur Blockade-Partei sind, sondern auch regieren können. Zudem wollen sie ihrer Kernklientel – der Wirtschaft – zeigen, dass sie wirtschaftsfreundliche Politik machen können. Auch Obama dürfte ein Interesse daran haben, das Handelsmandat zügig zu erhalten. Nur so kann er sicherstellen, dass die TPP noch innerhalb seiner Amtszeit abgeschlossen wird. Die Administration wird es dagegen nicht wagen, dem Kongress das TPP-Abkommen ohne TPA vorzulegen – in diesem Fall stünden die Chancen für eine zügige Verabschiedung zu schlecht. Völlig sicher ist die Unterstützung der Republikaner bei der TPA jedoch nicht. Das Vorgehen Obamas beim Thema Einwanderung hat viele Republikaner verstimmt. Sie könnten ihm den Erfolg, internationale Handelsabkommen abzuschließen, also verwehren.

Russland und die Ukraine: Auch wenn die USA von der Russland-Ukraine Krise weniger stark direkt betroffen sind als die EU, unterstrich die Obama-Administration wiederholt die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit. US-Außenminister John Kerry und der US-Energieminister Ernest Moniz reisten Anfang Dezember für Gespräche nach Brüssel – zum Ende eines Jahres, in dem vor allem die USA immer wieder härtere Sanktionen gefordert hatten. Aus Sicht der Obama-Administration haben die Sanktionen die russische Unterstützung für die Separatisten in der Ukraine zwar nicht gemindert, jedoch hatten sie deutliche Auswirkungen auf die russische Wirtschaft. Auch wenn sich die politischen Entscheidungsträger über die Effizienz der Sanktionen nicht ganz einig sind, ist doch unbestreitbar, dass stark sinkende Ölpreise die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen noch verschärfen und Russland zu einem Umdenken über die Zukunft seiner Wirtschaft zwingen könnten. Im Dezember warnte erstmals ein russischer Politiker öffentlich, dass die russische Wirtschaft im kommenden Jahr in die Rezession rutschen wird.

ISIS: Die USA haben ihre gezielten Luftangriffe gegen die Terrororganisation ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien) über die letzten Monate

fortgesetzt. Zu den Angriffszielen gehören nicht nur wesentliche Infrastruktur, sondern auch ISIS-Führungspersonen. Die USA führen diese Angriffe unter zwei älteren Gesetzen durch, welche zur Verfolgung von Al-Qaida und Saddam Hussein erlassen worden waren. Präsident Obama hält diese Gesetze für nicht länger angemessen für die Aktivitäten gegen ISIS und hat den Kongress nun darum gebeten, ein neues Gesetz zur Autorisierung des militärischen Vorgehens zu erlassen. In den letzten Wochen ist auch das Engagement des Iran gegen ISIS gestiegen. So haben iranische Kampfflugzeuge ISIS-Stellungen im Irak angegriffen und somit eine selbst erklärte Sicherheitszone entlang der Grenze etabliert. Während es hier keine direkte Koordinierung mit dem US-Militär gibt, deutet vieles auf eine de-facto-Absprache zwischen den USA und dem Iran hin, sich aus dem Kampfgebiet des jeweils anderen herauszuhalten.

Personelle Veränderungen nach den Wahlen: Präsident Obama muss derzeit wichtige Neubesetzungen in seinem Kabinett vornehmen. Justizminister Holder kündigte bereits im September seinen Rücktritt an. Am 8. November nominierte Obama Loretta Lynch, derzeitig U.S. Attorney for the Eastern District of New York, als seine Nachfolgerin. Der Senat muss ihre Nominierung noch bestätigen. Der Verteidigungsminister Chuck Hagel kündigte Ende November auf Wunsch Obamas seinen Rücktritt an. Zuvor hatte es zwischen Obama und Hagel Uneinigkeiten über die richtige Strategie im Kampf gegen ISIS gegeben. Am 5. Dezember nominierte Obama den Demokraten Ashton Carter als Nachfolger. Auch seine Nominierung muss der Senat noch bestätigen. Carter gilt als Technokrat. Er war von Oktober 2011 bis Dezember 2013 bereits stellvertretender Verteidigungsminister. Zudem wird auch John Podesta, Berater des Präsidenten, sein Amt aufgeben, wenn der neue Kongress im Amt ist. Podesta könnte eine wichtige Rolle im Wahlkampfteam von Hillary Clinton spielen.

Analyse der Midterm Elections

Das Ergebnis der Kongresswahlen: Am 4. November 2014 haben die Amerikaner einen neuen Kongress gewählt. Bei den Midterm Elections standen ein Drittel der Sitze des Senats und alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus zur Wahl. Das Wahlergebnis zeigt, dass viele mit der Politik der Demokraten unzufrieden sind. Die Republikaner konnten die Mehrheit im Senat mit 53 Sitzen erobern und ihre Sitze im Repräsentantenhaus von bisher 234 auf 244 Sitze ausbauen. In letzterem verloren die Demokraten zehn Sitze an die Republikaner, die somit ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus bestätigen konnten. Es befinden sich nun beide Kammern in republikanischer Hand.

Der Wahlausgang ist für viele keine Überraschung. Der Präsident hat seit Beginn seiner zweiten Amtszeit zunehmend an Ansehen verloren und musste viel Kritik sowohl bei innen- als auch außenpolitischen Themen einstecken. Hierzu gehören eine umstrittene Steuerpolitik, die Schwierigkeiten in der Umsetzung der Gesundheitsreform, Probleme im Gesundheitsprogramm für Veteranen und nicht zuletzt die viel diskutierten Antworten auf ISIS und die Maßnahmen gegen Ebola.

Bedeutung für die Wirtschaft: US-amerikanische Unternehmen versprechen sich viel von dem Sieg der Republikaner. Sie hoffen auf eine Generalüberholung der Unternehmensbesteuerung, auf den Bau der Keystone-XL-Pipeline sowie einfachere Umwelt- und Finanzmarktregulierungen, um nur einige Aspekte zu nennen. Zudem erhoffen sie sich die Unterstützung des Kongresses für Handelsabkommen mit Asien und Europa. Diese Hoffnung scheint nicht unbegründet, da sich beide Kammern in republikanischer Hand befinden. Erfahrene Politiker, Lobbyisten und Experten an der Wall Street sind sich allerdings einig: Aufgrund des anstehenden Präsidentschaftswahlkampfes wird die Gesetzgebungsagenda stark eingeschränkt sein. Die drei Hauptthemen dürften eine Reform der Unternehmensbesteuerung, eine Einwanderungsreform und Handelsabkommen sein.

Auswirkungen auf die Präsidentschaftswahlen 2016: Trotz des Wahlsiegs der Republikaner bei den Kongresswahlen 2014 haben die Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen 2016 gute Chancen, die Mehrheit im Senat zurückzuerobern. Der Wahlsieg der Republikaner könnte den Demokraten sogar entgegenkommen. Die GOP („Grand Old Party“) muss in den kommenden zwei Jahren beweisen, dass sie mehr kann, als die derzeitige Regierung zu blockieren. Die Wähler fordern von den Republikanern Kooperation und Kompromissbereitschaft, welche in den vergangenen sechs Jahren vermisst wurde. Gelingt ihnen dies nicht, haben die Demokraten gute Chancen – auch auf die Präsidentschaft. Noch gibt es keine offiziellen Kandidaten für das Amt im Weißen Haus. Die meisten Beobachter gehen jedoch davon aus, dass sich Hillary Clinton um den höchsten Posten im Land bewerben wird. Damit hätten die Demokraten eine ausgesprochen starke Kandidatin.

Ausblick

Die wirtschaftliche Lage ist weiterhin gut. Das BIP wächst und die Arbeitslosigkeit liegt mittlerweile unter sechs Prozent. Die US-Wirtschaft muss seit Oktober ohne die Anleihekäufer der Fed auskommen. Der Leitzins soll jedoch noch eine Weile nahe Null bleiben. Das Gesamtwachstum für 2014 wird auf 2,15 Prozent geschätzt. Für 2015 erwartet der IWF ein Wirtschaftswachstum von 3,1 Prozent.

Im Januar 2015 tritt der 114. Kongress sein Amt an. Es bleibt abzuwarten, wie kompromissfähig der demokratische Präsident und ein republikanischer Kongress sein werden. Die Republikaner werden es dem Präsidenten sicherlich nicht leicht machen. Eine Blockadehaltung wie in den vergangenen Jahren können sie sich im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2016 jedoch nicht leisten. Große politische Projekte wie eine überarbeitete Strategie für Militäreinsätze oder eine Übertragung des Handelsmandats an den Präsidenten dürften im kommenden Jahr vorangetrieben werden, bevor der Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2016 den Kongress erneut lähmt.

Wichtige Termine

- Amtseinführung des 114. Kongresses: 3. Januar 2015
- Achte TTIP-Verhandlungsrunde: Anfang Februar 2015